

(Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

(A) dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse zweitens abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3583**, Stichwort: Absenkung des Trägeranteils für Tageseinrichtungen für Kinder. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **abgelehnt**.

Ich lasse drittens abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3584**, Stichwort: Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Krankenhausbereich. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist damit der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

(B) Ich lasse viertens über den **Einzelplan 11** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3511** insgesamt abstimmen. Wer diesem die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3514. Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Zellnig das Wort.

Siegfried Zellnig^{*)} (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen dienen dazu, das in Zahlen gegossene

(C) Wollen der Regierung für das kommende Jahr zu beurteilen. Sie dienen aber auch dazu, die Frage zu erörtern und hier darüber zu berichten, wie denn die Konsequenzen aus dem abgelaufenen Jahr gezogen worden sind.

Für den Haushalt des Ministeriums Bauen und Wohnen gilt dabei eine **Besonderheit**: Die wirklich wichtigen Dinge - das liegt nicht an mir - stehen eigentlich nicht im Haushalt, weshalb man auch das Landeswohnungsbauvermögen mit heranziehen muß. Dies wird auch geschehen.

Zum Haushalt selbst will ich lediglich die eine Anmerkung machen, daß - wie im vergangenen Jahr bereits auch - die Bundeszuweisungen erneut höher sind als die Landeszuweisungen. Das ist mehr nachrichtlich der Fall. Ich kenne natürlich noch Zeiten, als die GRÜNEN an unserer Seite waren in der Forderung, doch die Landeszuweisungen gegenüber den Bundeszuweisungen zu erhöhen. Aber das ist mehr Geschichte.

Ich will mich den Schwerpunkten der Wohnungsbaupolitik des Landes zuwenden, und das in zwei Bereichen. Das eine ist die Mietzinsgestaltung in unserem Lande, die Mietenpolitik. Das andere ist natürlich das Wohnungsbauprogramm 1999, so wie wir es in den Konturen kennen, natürlich auch im Vergleich zum Wohnungsbauprogramm 1998, wie es jetzt gefahren wird. (D)

Hinsichtlich der Mietzinsgestaltung gilt, daß eine Zeituhr zu ticken beginnt. Wir gehen in chaotische Verhältnisse. Damit meine ich zunächst einmal die Mietzinsen, wie sie sich in unserem Land entwickelt haben, insbesondere als eine Folge der Erhöhungsaktion des Landes. Gemeint ist hier die Höherverzinsung. Um Ihnen eine Kostprobe davon zu geben, wie ernsthaft die Tatbestände in unserem Lande werden, zitiere ich aus dem Mietpiegel 1998 der WFA:

"In einigen Gemeinden haben nämlich die Bestandsmieten des preisgebundenen Wohnungsbestands die ortsüblichen Vergleichsmieten bereits erreicht oder sogar schon überschritten ... In den Förderjahrgängen 1960 bis 1969 und 1970 bis 1979 überschreitet in 43 bzw. 46 Gemeinden das Mietniveau im sozialen Wohnungsbau das des frei finanzierten Marktsegments. Teilweise müssen dabei die Sozialmieter über eine DM pro Quadratmeter mehr Miete bezahlen. Auch in einigen Kommunen des Ruhrgebiets übertreffen die Be-

(Siegfried Zellnig [CDU])

(A) standsmieten im sozialen Wohnungsbau die ortsüblichen Vergleichsmieten."

Meine Damen und Herren, besser als durch diesen traurigen Tatbestand kann man das Versagen der Förderung hier in diesem Lande, das Versagen im sozialen Wohnungsbau, das absolute Festhalten am ersten Förderweg nicht belegen. Wenn der Tatbestand so wird, wie er hier belegt wird, daß nämlich die Mieten des sozialen Wohnungsbaus höher sind als die des frei finanzierten Wohnungsbaus, wenn dann kein Handlungsbedarf bei der Regierung besteht, wenn dann nicht mindestens die Mieterhöhungsaktion durch die Höherverzinsung gestoppt wird, dann weiß ich nicht, welche Konsequenzen man überhaupt noch ziehen will.

Man kann doch nicht sehenden Auges soziale Wohltaten mit dem sozialen Wohnungsbau verkünden wollen, gleichzeitig aber die Mieten derartig explodieren lassen und in schlimmster Weise abkassieren, weil sie höher sind als im Bereich des freifinanzierten Wohnungsbaus.

(B) Einen zweiten Punkt will ich anmerken: Gemeint ist die Fehlbelegerabgabe, wie sie im Lande Nordrhein-Westfalen kassiert wird. Wir haben einen Gesetzesentwurf vorbereitet; ich will die wesentlichen Dinge nicht wiederholen, da wir darüber noch zu diskutieren haben. In anderen Bundesländern sieht es anders aus: Zum Beispiel werden bei einer 50%igen Einkommensüberschreitung in Hamburg 1 DM Fehlbelegeabgabe genommen, in Bayern überhaupt keine, in Baden-Württemberg 1,50 DM und in Berlin 1 DM. Wenn dann in Nordrhein-Westfalen 5,50 DM genommen werden und bei einer 65%igen Einkommensüberschreitung sogar 7 DM genommen werden, dann ist es höchste Zeit umzukehren, wenn man nicht davon Abstand nehmen möchte, Menschen abzukassieren. Das ist der Tatbestand. Dann wüßte ich nicht mehr, was man in der Mietpolitik noch tun will.

Ich habe aber die Mitteilung aus Ihrem Hause erhalten, Herr Minister Vesper, daß Sie ein recht kompliziertes Rundschreiben an verschiedene Behörden geschickt haben, wie man Ausnahmetatbestände regeln könne. Ich will Ihnen sagen: Selbst als Jurist brauchte ich längere Zeit, um das zu verstehen. Aus diesem Grunde steht auch der Hinweis in diesem Rundschreiben: "Wenn Ausnahmetatbestände gehandhabt werden sollen, bitte ich die Bezirksregierung darauf hinzuwirken,

(C) daß hier den Mitarbeitern verständlich gemacht wird, worum es überhaupt geht."

Ich kann Ihnen sagen: Sie können das ganz einfach handhaben und werden den Tatbestand sofort verändern, wenn Sie sagen: Bei uns in Nordrhein-Westfalen setzt eine Fehlbelegerabgabe dann ein, wenn ein Einkommen um 50 % überschritten wird, und zwar zu einer Position X. - Dann brauchen Sie keinen Bürokratismus aufzumachen, sondern Sie können einen schlimmen Sachverhalt, der ja auch Auswirkungen auf die Struktur in den Wohngebieten hat, sofort beenden. Sie werden dann keinen neuen Bürokratismus aufzubauen haben, den die Menschen erst wiederum verstehen müßten.

Ich kann schon die Vermutung äußern: Sie werden uns im nächsten Jahr sagen, es komme nicht zu Veränderungen, weil die Menschen in den Bewilligungsbehörden dies nicht verstünden.

Einen dritten Punkt möchte ich anmerken, nämlich das leidige Thema Wohngeld. Zu Zeiten der alten Bundesregierung habe ich gerne und lange den Boten zwischen Ihnen und Herrn Töpfer gespielt, weil es mir ausschließlich um die Sache ging. Nun ist das aber vorbei, und Sie benötigen mich nicht mehr als Boten.

(Minister Dr. Michael Vesper: Wir nehmen jetzt den Müntefering!)

(D) - Ja, ich kenne Herrn Müntefering und weiß, daß er sachbezogen ist. Das ist aber jetzt Ihre Angelegenheit. - Was nicht mehr Tatbestand sein darf, ist folgendes: Der eine darf es nicht mehr dem anderen zuschieben. Herr Müntefering würde also hingehen und sagen, 1999 würde etwas getan. Was er tun wolle, sagt er natürlich nicht. Sie würden Herrn Müntefering ermuntern, etwas zu tun, aber was er tun solle, ist ebenfalls unklar. Sie nennen 1,5 Milliarden DM. Wenn Sie das aber ernst meinen, ziehen Sie doch folgende Konsequenz: Setzen Sie den Anteil von Nordrhein-Westfalen in Ihren Haushalt ein; das wären mindestens 300 Millionen DM, Herr Finanzminister. Wenn Sie es wirklich ganz ernst meinen, dann machen Sie doch eine Bundesratsinitiative. Wir wollen Ihnen im übrigen dabei helfen, und wenn Sie Formulierungsschwierigkeiten haben, dann helfen wir Ihnen auch beim Formulieren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Beim Formulieren braucht der Minister keine Nachhilfe!)

(Siegfried Zellnig [CDU])

(A) Dann würde richtig Power in die Sache hineinkommen.

Ich meine, das ist ein unwürdiges Spiel, das mit den Menschen getrieben wird. Als die alte Bundesregierung noch anbot, 500 Millionen DM vor dem Wahltermin auf den Weg zu bringen, haben Sie gesagt, dies sei zu wenig. Seitdem hätten wir in Nordrhein-Westfalen 200 Millionen DM an Wohngeld zur Verfügung gehabt, aber die Menschen haben es nicht bekommen. Ich vermute einmal, daß dieses Spiel weitergehen soll und daß Sie auch im nächsten Jahr nicht mit einer konkreten Summe zu Potte kommen werden.

Meine Damen und Herren, ich will abschließende Bemerkungen machen; und dies in aller Kürze, weil mir die Zeit etwas davongelaufen ist. Das sind aber die wesentlichen Punkte zum Wohnungsbauprogramm 1998 und zu dem, was wir an Vermutungen für 1999 haben, da wir das Programm noch nicht kennen.

Also, Sie setzen nach wie vor auf den ersten Förderweg als absoluten Schwerpunkt; ich glaube, 89 % aller Mittel sollen in diesen Bereich hineinfließen. Ich habe Ihnen eben am Beispiel der Mietentwicklung gezeigt, wie schlimm das Versagen der Förderung im ersten Förderweg ist, und wenn Sie einmal abrufen, wie das Wohnungsbauprogramm in 1998 abläuft, dann stellen Sie fest, daß Sie beim Mietwohnungsbau eine Position Mieteinfamilienhäuser haben, die weder in diesem Jahr abläuft noch im vergangenen Jahr abgelaufen ist. Dennoch sehen Sie sie wiederum zur Förderung vor.

(B) Der zweite Förderweg - dies weiß wieder jeder Mensch - funktioniert nicht mehr, weil sich die Höhe der Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau auf die der geförderten Mieten zubewegt haben. Es funktioniert nicht, aber Sie sehen es wieder vor.

Das Eigentum wird bei Ihnen nach wie vor sträflich behandelt; darin haben Sie große Routine. Das geschieht ja in Nordrhein-Westfalen seit über 20 Jahren, und deshalb ist die Eigentumsquote in Nordrhein-Westfalen so, wie sie ist, nämlich die Schlußlaterne im Konzert der Bundesländer.

Sie sehen erneut ein Bürgschaftsmodell vor. Das Ergebnis war in diesem Jahr: Gerade einmal zwei Wohneinheiten wurden in diesem Bürgschaftsmodell gefördert, aber Sie sehen es wiederum vor

und spiegeln damit ein Kontingent an Wohnungen vor.

Sie halten wiederum die Kombinationsförderung hoch; der dritte Förderweg ist ein tolles Stichwort bei Ihnen. Dieser läuft in diesem Jahr nicht, er ist nicht im letzten Jahr gelaufen, und er wird natürlich auch im kommenden Jahr nicht laufen, weil die Bedingungen, die Sie dazu stricken, einfach nicht dafür geeignet sind, daß es ein wirtschaftlich denkender Mensch überhaupt akzeptieren kann.

Die einkommensorientierte Förderung war für Sie schon immer Teufelswerk, und deshalb haben Sie dafür gesorgt, daß sie nicht klappt. Jetzt haben Sie den Mut, sie zu streichen; das finde ich an dieser Stelle ganz in Ordnung.

Sie sehen eine Förderung von Maßnahmen, Belegungs- und Mietpreisbindungen vor. Diese sind ebenfalls nicht gelaufen, und das ist auch nicht erstaunlich, weil die wirtschaftlichen Bedingungen einfach schlecht gestrickt sind. Sie animieren die Menschen, die Wohnungen gebaut haben, dazu, das Kapital zurückzuzahlen und damit Bindungen preiszugeben, um ihnen anschließend ein bestimmtes Förderungsprogramm zum Ankauf von Bindungen zu machen. Ein besseres Beispiel für die Widersprüchlichkeit Ihrer Wohnungsbaupolitik - so denke ich - kann man nicht bieten.

Zusammenfassend sage ich: Wenn ich mir Ihre Mietzinspolitik anschau, wenn ich mir anschau, wie Sie mit den Menschen umgehen und wie Sie ihnen Belastungen zumuten, dann finde ich das mittlerweile unanständig und unmenschlich; das will ich deutlich an dieser Stelle sagen. Wie Sie ein Wohnungsbauprogramm unter völlig veränderten Bedingungen hier in Nordrhein-Westfalen aufrechterhalten und daß Sie all diese Mieten, die enthalten sind, nach wie vor mitschleppen, wird nicht funktionieren.

Daß Sie nichts Neues und Innovatives bringen, daß Sie sich nicht schwerpunktmäßig etwa der Bestandspflege und dem Erhalt von Wohnraum zuwenden, kann ich schlicht und ergreifend nicht verstehen. Aber das Unverständnis über nordrhein-westfälische Wohnungsbaupolitik artikuliere ich, Gott sei's geklagt, schon lange und muß es auch heute tun.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun Kollege Wolf für die SPD-Fraktion.

Gerd-Peter Wolf (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Zellnig hat sich nicht mit der Wohnungspolitik des Landes im gesamten beschäftigt, weil er dann wie immer schlecht ausgesehen hätte; denn nie gab es mehr Wohnungen als heute - 7,902 Millionen Wohnungen. Nie gab es mehr Wohnraum pro Kopf der Bevölkerung, nämlich 36,43 m². Nie gab es mehr Räume pro Einwohner, nämlich 1,88. - Ich könnte die Erfolgsbilanz der rot-grünen Koalition fortsetzen.

Ich erinnere an unsere erste Debatte 1995, in der Sie, Herr Kollege Zellnig, lamentierten, 500 000 Wohnungen fehlten. Heute haben wir einen normativen Fehlbedarf von 293 000 Wohnungen, zum ersten Mal seit 1988 wieder unter 300 000. Bis heute waren unsere Wohnungsprogramme, die angekündigt waren, übererfüllt.

All dem sind Sie auf ein paar Felder ausgewichen, auf denen Sie uns packen zu können meinen. Aber, Herr Kollege Zellnig, wieder daneben gegriffen!

(B) **Punkt 1:** Die Bundeszuweisungen sind höher als die Landeszuweisungen, nach dem Motto, diese Landesregierung tue nicht so viel, wie sie angekündigt habe, spucke große Töne, aber im Haushalt passiere nichts. Herr Kollege Zellnig, die Zahlen für 1998 waren: Wohnungsbaumittel des Bundes 531 Millionen DM, Komplementärmittel des Landes 467 Millionen DM. Man könnte meinen, Sie haben recht, weil die Zahlen so sind. Und für 1999: Bund 557 Millionen DM, Land 412 Millionen DM. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit.

(Minister Dr. Michael Vesper: Das ist meine Tabelle!)

- Ich habe gute Tabellen da.

Herr Kollege Zellnig, ich habe es Ihnen im letzten Jahr schon gesagt: Während das Land wie ein guter Hausvater sein Geld im Pott läßt und damit das Landeswohnungsbauvermögen immer weiter angestiegen ist, was es uns im Gegensatz zu anderen Ländern und auch zum Bund seit Jahrzehnten erlaubt, eine hervorragende Wohnungspolitik zu machen, nimmt der Bund das Geld, das ihm zusteht, heraus. Rückflüsse an den Bund im letz-

ten Jahr 277 Millionen DM, im nächsten Jahr 303 Millionen DM. Macht netto cash: Bundesmittel im nächsten Jahr 153 Millionen DM, Landesmittel 412 Millionen DM. Der Bund kürzt um 100 Millionen DM, das Land um 50 Millionen DM. (C)

(Hört, hört! bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Siegfried Zellnig [CDU])

- Ist klar. Sie wollten das noch so im letzten Schwange; denn die Zahlen von 1999 sind ja die, die die letzte Bundesregierung eingebracht hat.

(Helmut Diegel [CDU]: Mal sehen, wie die Zahlen der jetzigen Bundesregierung aussehen werden!)

Punkt 2: Sie beklagen, die Landesregierung sei mit den Zinsen Mietpreistreiber. Auf den ersten Blick haben Sie recht, aber nur auf den ersten Blick, "at the first glimpse", wie der Engländer sagt.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: At the first what?)

- At the first glimpse.

(Heiterkeit)

Der Finanzminister freut sich natürlich über jede Mark, die in die Kasse kommt. (D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Aber ich habe von ihm noch nie "glimpse" gehört! - Erneut Heiterkeit)

- Aber wenn der öfter im CentrO spazierengeht und mit den Investoren redet, wird er auch sagen: At the first glimpse a wonderful Einkaufszentrum.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

- Natürlich.

(Siegfried Zellnig [CDU]: Geht alles von Ihrer Zeit ab! - Zuruf von der SPD: Zur Sache, Schätzchen!)

Ich komme zur Sache!

(Heiterkeit)

Der Finanzminister hat natürlich in Erkenntnis dessen, was sich da tut - wir haben sehr intensiv miteinander geredet -, dafür gesorgt, daß die Zinsdynamik beim öffentlichen Mietwohnungsbau gebrochen wird, daß die Zinsdynamik, die

(Gerd-Peter Wolf [SPD])

(A) 25 Pfennig betragen sollte, jetzt 10 Pfennig pro Quadratmeter sein wird. Das haben alle begrüßt: der Mieterbund,

(Siegfried Zellnig [CDU]: Ist doch klar!)

die Wohnungsverbände. Sie sagen: Das ist der Weg in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu Ihren Krokodilstränen: Da stellt sich der Kerl hin - Entschuldigung: der liebe Kollege - und sagt: "Ihr Preistreiber!", und sagt zum Schluß seiner Rede: "Wir wollen aber eigentlich eine einkommensorientierte Förderung." Und er sagt: "Die Fehlbelegerabgabe - da zahlen alle so viel."

(Siegfried Zellnig [CDU]: Richtig!)

Herr Kollege Zellnig, Sie sind nicht nur wohnungspolitischer Sprecher, sondern sogar Geschäftsführer einer Wohnungsbaugenossenschaft, und zwar einer sehr erfolgreichen.

(Siegfried Zellnig [CDU]: Eine zusätzliche Qualifikation!)

(B) Verschweigen Sie doch nicht, was einkommensorientierte Förderung heißt. Wenn du mehr verdienst, mußt du mehr zahlen, und das bis zu 17 DM. Dieses Modell bedeutet: Keine Einheitsmiete, sondern da richtig abgreifen, wo es paßt.

(Beifall bei der SPD)

Da kann man doch nicht sagen, unsere Methode, zielorientiert Subventionstatbestände ordentlich zu reglementieren, sei Miettreiberei. Ihr Modell der einkommensorientierten Förderung, das Herr Töpfer etwas schwächlich getöpfert hat und das nirgendwo umgesetzt worden ist, ist im Prinzip wirklich Preistreiberei. Das machen auch nur ganz wenige, weil sie wissen: Mit einem Mietvertrag über 17, 18 Mark Endmiete kriege ich heute keine Mieter.

Dritter Punkt: Fehlbelegerabgabe. Dazu habe ich gerade schon erste Sätze gesagt. Daß heute Menschen Fehlbelegerabgabe zahlen müssen, die eigentlich nicht gemeint waren, darüber sind wir uns einig. Das liegt aber daran, daß die Bundesregierung seit 1994 die Einkommensgrenzen nicht erhöht hat. Eine verfehlte Wirtschaftspolitik, die erst den großartigen Wahlsieg am 27. September ermöglicht hat, hat dazu geführt, daß die Realeinkommen nicht gestiegen, sondern

gesunken sind, so daß heute Menschen Fehlbelegerabgabe zahlen, die eigentlich nie gemeint waren. Das kann man doch unserer Landesregierung nicht zum Vorwurf machen.

Wir müssen jetzt reagieren. Die grundsätzlich richtige Lösung wäre, auf Bundesebene die Einkommensgrenzen anzuheben, damit die Systeme, die aufeinander austariert sind, wieder ins Lot kommen. Das wird Herr Müntefering machen; da bin ich ganz sicher. Wir waren vor wenigen Tagen bei ihm.

Und was unsere Landesregelung angeht: Als ich damals 32 mit Mao den langen Marsch angetreten bin, hat er gesagt: Auch der längste Marsch beginnt mit dem ersten Schritt. Genauso hat unser Bauminister reagiert. Dieser Erlaß, der sehr lang ist, weil er viele Sachverhalte klären muß, ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Morgen wird - so habe ich gehört - der Bericht der Kommission Großsiedlungen abgeschlossen und beraten.

Wir werden ihn Anfang des Jahres im Parlament behandeln. Anschließend - davon gehe ich aus - werden wir den zweiten Schritt tun. Und dann schauen wir doch einmal, wie sich die Dinge in Bonn entwickeln. Wir werden auf Landesebene daraufhin die richtigen Schritte einleiten, einleiten müssen, damit Menschen, die nicht gemeint sind, aus diesen Siedlungen herausgedrängt werden, weil sie im freien Markt günstiger wohnen können. Darüber werden wir uns auseinandersetzen und die richtigen Lösungen finden. Die Lösung, die Sie anbieten, ist eine viel zu einfache. Wir brauchen vielmehr eine Austarierung der Systeme insgesamt, eine Abstimmung aufeinander.

Viertes Stichwort, Herr Kollege Zellnig: Wohngeld. Hier muß ich als alter Fechter sagen: Touché! Sie haben uns getroffen. Ich bin ganz verwundert, wie ein so erfolgloser Bote wie Sie auf einmal zu so einem giftigen Ankläger wird. Ich hätte es Ihnen nicht zugetraut, daß Sie sich innerhalb von vier Wochen so dramatisch in eine Rolle hineindenken können. Aber werfen Sie uns doch nach vier Wochen nicht vor, die neue Bundesregierung hätte das noch nicht erreicht, was Ihre Bundesregierung in den Jahren seit 1990 - seit 1990 ist das Wohngeld nicht verändert und nicht verbessert worden - nicht geschafft hat.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

(C)

(D)

(Gerd-Peter Wolf [SPD])

(A) Ich gehe davon aus - unser Bauminister ist da ja in heftigen Gesprächen; die Bauministerkonferenz war dazu die erste Gelegenheit -, daß es zu einer vernünftigen, auch finanzierbaren Lösung kommt, denn dafür stehen insbesondere Sozialdemokraten auf Bundesebene: für solide Finanzierungen, nachdem viele dort endlich auch die Entdeckung der Langsamkeit verinnerlicht haben. Franz Müntefering als Nordrhein-Westfälinger steht dafür: Sauber denken, klar analysieren, sachgerecht handeln, und zwar zeitgerecht, nicht lange drüber schwadronieren. Da bin ich mir sicher, das werden wir hinkriegen.

Zu den üblichen Stichworten, die danach kamen: "Eigentumsfeindlichkeit", "89 %": Die 89 % waren nicht auf das Programm bezogen, sondern auf den Mietwohnungsbau. Dazu erklären alle Wohnungsverbände, daß es völlig richtig sei. Das, was der Minister den Verbänden und dem Mieterbund - wir hatten heute noch ein Gespräch mit dem Mieterbund - dargelegt hat, ist als der richtige Weg akzeptiert worden. Eine Eigentumsförderungserweiterung steht ins Haus. Es wird also mehr gefördert als im Programm dieses Jahres. Und in diesem Jahr wird mehr gefördert als im Programm stand, weil die Menschen die Anträge stellen. Ein eigentumsfeindlicher Minister hätte gesagt: Bei 8 000 soundso viel ist Schluß! - Nein, dieser Minister hat es freigegeben: Alles bewilligen, was kommt, vorzeitigen Baubeginn erteilen! - Da etwas von Eigentumsfeindlichkeit zu erzählen, geht an der Wirklichkeit vorbei.

(B) Im übrigen, Herr Kollege Zellnig, gehören wir zu denen, die die Entdeckung der Langsamkeit schon lange hinter sich haben. Und wenn eine Maßnahme nicht läuft, weil die makroökonomischen Rahmenbedingungen dagegen sprechen, halten wir es dennoch im Bauchladen unserer Angebote; denn wenn sich diese makroökonomischen Rahmenbedingungen ändern, ist es bekannt, ist es eingeführt, und dann wird zugegriffen. Wir machen eine Wohnungspolitik der Angebote. Und unsere Angebote sind bisher hervorragend abgenommen worden: im letzten Jahr die Punktlandung, davor übererfüllt.

Wir gehen davon aus, daß wir auch in den nächsten Jahren eine ordentliche Wohnungspolitik machen werden, die an den Problemen des Landes und an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist. Deshalb werden wir auch 2000 wieder ganz erfolgreich bestehen. Die Wohnungs-

politik ist ein Eckpfeiler dieser erfolgreichen Regierungspolitik. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Wolf. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Tarner.

Hedwig Tarner (GRÜNE): Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Alle Jahre wieder stehen wir hier und unterhalten uns an dieser Stelle über den 14er Haushalt. Alle Jahre wieder sind viele von den Argumenten, die ich heute von der CDU gehört habe, die gleichen Argumente. Alle Jahre wieder schafft der Kollege Gerd-Peter Wolf von der SPD es, das mit Zahlen aufzuarbeiten und zu zeigen, wo die Grenzen davon sind.

Als ich vor drei Jahren in diesen Politikbereich eingestiegen bin, herrschte eine dramatische Wohnungsnot. Hervorgerufen wurde die Wohnungsnot einerseits durch die Einwanderung nach Deutschland und vor allen Dingen nach Nordrhein-Westfalen. Für diese Haushalte fehlten große Wohnungen für Familien.

Zeitlich parallel dazu zeigten sich wie in allen westlichen Industrieländern die Tendenzen, daß erstens die Menschen pro Kopf eine größere Wohnfläche bewohnen wollten und zweitens die Zahl der Ein-Personen-Haushalte ständig zunimmt.

Diese beiden grundverschiedenen Ursachen haben aber eine gemeinsame Auswirkung: Wohnungen waren ein knappes Gut. Jede Wohnung, auch die im schlechtesten Zustand und in einer schlechten Lage oder mit einem desolaten Wohnumfeld, war zu vermieten - nein, nicht nur zu vermieten, sondern es war auch möglich, daß die Vermieter oder Investoren ständig höhere Mieten verlangen konnten und sie auch bekamen. In Düsseldorf und Köln sind Wohnungen mit Mieten von mehr als 20 DM pro Quadratmeter gezahlt worden.

Die hohe Zahl der Baufertigstellungen hat den Wohnungsbestand anwachsen lassen. Deshalb sind die teuren Neubaumieten nicht stabil geblieben, sondern sind sogar gesunken.

Das Land hat in den letzten acht Jahren enorme Anstrengungen unternommen, um hier Abhilfe zu

(C)

(D)

(Hedwig Tarner [GRÜNE])

(A)

schaffen. Jährlich wurden fast 30 000 Wohneinheiten mit öffentlichen Mitteln gefördert. Jede dritte gebaute Wohneinheit in Nordrhein-Westfalen ist mit öffentlichen Mitteln gefördert worden. Damit zeigt sich, daß der soziale Wohnungsbau neben seiner originären Aufgabe auch einen zweiten Bereich positiv beeinflußt: Er ist eine Stütze der Bauwirtschaft im Hochbau in Nordrhein-Westfalen.

Aber zurück zur Wohnraumversorgung von bedürftigen Haushalten! Der Druck auf dem Wohnungsmarkt hat nachgelassen. Jetzt gibt es drei verschiedene Handlungsmöglichkeiten:

Da wäre zunächst einmal die CDU-Version. Die CDU fordert die Verlagerung unserer Förderungsschwerpunkte hin zu einkommenstärkeren Haushalten. Also auch der immer wieder gern genommenen Familie Mustermann - er Krankenpfleger, sie Polizistin - soll die Förderung durch Landesmittel zugute kommen. Dazu kann ich nur klar sagen: Familie Mustermann kann mit den Fördermöglichkeiten durch die Bundesseite ihren Wunsch erfüllen und Eigentum finanzieren. Aber sozialer Wohnungsbau hat eine andere Zielrichtung.

(B)

Die zweite Möglichkeit könnte durch die derzeit vorliegenden finanziellen Rahmenbedingungen drohen. Hier könnte die einfache Rechnung aufgemacht werden: entspannter Wohnungsmarkt, genügend Wohnraum = kein Neubau notwendig = Streichung der Landesförderung. Doch so kann und wird es mit uns nicht gehen. Wir müssen uns den Wohnungsmarkt genauer ansehen. Die Entspannung findet nur auf Teilmärkten statt. Neubaumieten sinken, aber die Bestandsmieten steigen sogar noch. Gerade der preiswerte Wohnraum, nämlich der Altbau, hat weiterhin hohe Steigerungsraten bei den Mieten.

Verschärfend für die betroffenen Bevölkerungsgruppen - vor allem kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Ausländerinnen, ältere Menschen und Arbeitslose - wirkt sich aus, daß immer mehr Wohnungen ihre Sozialbindungen verlieren. Wir können gar nicht so schnell neue Wohnungen fördern, wie die Bestände aus dem Status der Sozialwohnungen herausfallen. Wir müssen also damit rechnen, daß auf diesem Teil des Wohnungsmarktes die Versorgungsengpässe noch drastischer werden. Deshalb müssen wirksame Möglichkeiten entwickelt werden, um Belegbindungen im Bestand zu erwerben.

(C)

Ich hoffe, daß es unsere Bundesregierung schafft, eine Gesellschaft mit weniger Verlierern oder durch das soziale Netz Gefallenen aufzubauen. Die Ausgangsbedingungen sind schwierig. Wir sind für die Versorgung von Menschen, die in Armut leben, zuständig. Es ist etwas unüblich, wenn beim 14er Haushalt über schwierige Schicksale geredet wird. Heute aber halte ich das für nötig, damit weder die CDU mit ihrer Vorstellung - Förderung der Mittelschicht - Boden gewinnt, noch der Finanzminister auf die Idee kommt, den Baubereich wie eine Goldgrube ausschürfen zu wollen.

Ich will in dem Zusammenhang aus einer Broschüre unserer ehemaligen Gleichstellungsministerin zitieren:

"Bezahlbarer Wohnraum wird angesichts der wachsenden Zahl einkommensschwacher Haushalte für viele Menschen immer knapper. Deshalb bedrohen Wohnungsnot und Obdachlosigkeit immer mehr Menschen. Zunehmend sind davon Frauen betroffen, Alleinstehende und Alleinerziehende, Schwangere oder Frauen in Trennungs- und Scheidungssituationen.

Etwa jeder fünfte Mensch ohne Wohnung ist eine Frau. Mit diesen Frauen betroffen sind - falls vorhanden - deren Kinder. Die Obdachlosigkeit von Frauen hat viele Gesichter: Die Frauen leben ohne Schutz auf der Straße, in Containeranlagen oder in städtischen Obdachern. Bei Frauen, die keine eigene Wohnung haben, gibt es die Strategie, sich zu prostituieren, damit sie ein Dach über dem Kopf haben."

(D)

Der WDR veranstaltet zur Zeit eine Geldsammelaktion, um - wie er sagt - die obdachlosen Frauen und ihre Kinder über den Winter zu bringen. Ich begrüße diese Aktivität, finde aber, daß es eine Aufgabe der Gesellschaft ist, alle Menschen angemessen mit Wohnraum zu versorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine werten Kollegen von der CDU, deshalb werde ich weiterhin dafür streiten, daß der soziale Wohnungsbau auch sozial bleibt.

Das REN-Programm ist der nächste Bereich: Seit Beginn der rot-grünen Koalition baut die Landesregierung die Breitenförderung der regenerativen Energien mit Erfolg aus. Die Breitenförderung trifft nach wie vor auf eine außerordentlich hohe

(Hedwig Tarner [GRÜNE])

(A) Akzeptanz in der Bevölkerung. Bei den Haushaltsberatungen ist es für uns als GRÜNEN-Fraktion immer besonders schwer zu akzeptieren, daß wir die Mittel in diesem Bereich nicht erhöhen können. In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Vorhaben um etwa ein Fünftel pro Jahr erhöht. Schon im August waren 10 000 Projekte für dieses Jahr bewilligt worden.

Wir begrüßen es sehr, daß die Ausgestaltung der Breitenförderung ein fließender Prozeß ist. Damit sich die Förderungsbedingungen nicht einerseits als Hemmschuh darstellen, andererseits aber nicht Mitnahmeeffekte gefördert werden, führt das MBW jährlich mit allen Betroffenen einen Workshop mit allen betroffenen Verbänden und uns Abgeordneten durch. Der Umsatz der in diesem Sektor tätigen Firmen, also der Firmen, die mit Wind-, Solar-, Bio-, Wasser- oder Geoenergie arbeiten, hat sich im vergangenen Jahr um 10 Prozent erhöht. Auch die Zahl der Arbeitsplätze nimmt von Jahr zu Jahr zu.

Durch die über das Programm erzeugte Nachfrage sind die Preise für die verschiedenen Anlagenarten gesunken, so daß auch die Fördersätze immer weiter heruntergeschraubt werden können.

(B) Beim Ausbau der Photovoltaik-Anlagen steht Nordrhein-Westfalen an der Spitze, und bei der Windkraft sind wir das Binnenland Nr. 1. Der Ablauf der Bewilligung wurde inzwischen so weit perfektioniert, daß für nicht abgerufene Mittel eine neue Vergabe zügig erfolgt. So wird der Haushaltstitel für das Jahr 1998 möglichst effektiv ausgeschöpft.

Durch die ständige Anpassung der Förderbestimmungen an die Notwendigkeiten konnte die Förderquote von 30 Prozent im Jahre 1994 auf 21 Prozent im Jahre 1997 gesenkt werden. Das bedeutet: Für die 50 Millionen DM, die wir im REN-Programm haben, werden 250 Millionen DM ausgegeben.

Aber, meine Damen und Herren, mit dem Förderprogramm wollen wir nicht nur Beschäftigungseffekte auslösen, sondern wir wollen auch unsere Umwelt entlasten. Durch das REN-Programm werden Maßnahmen gefördert, die jährlich insgesamt über 4,8 Milliarden Kilowattstunden Primärenergie einsparen. Hierdurch ersparen wir der Umwelt jährlich 1,2 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß.

(C) Die letzten zwei Minuten meiner Redezeit möchte ich dazu nutzen, auf den Antrag der CDU-Fraktion zum Wohngeld einzugehen: Manchmal wundert mich Ihre Spontaneität. Immerhin regiert Rot-Grün auf Bundesebene schon seit sechs Wochen, und Sie haben schon vorgestern einen Antrag nachgeschoben, mit dem Sie uns die Versäumnisse Ihrer alten Bundesregierung ausgleichen lassen wollen. Die ehemalige Bundesregierung hatte seit 1990, also seit acht Jahren, die Anpassung des Wohngeldes an die Entwicklung des Wohnungsmarktes verschoben. Und wir sollen das in sechs Wochen nachholen?!

Der Grund ist, daß Wohngeldanpassungen, wenn sie Sinn machen sollen, teuer sind. Immer wieder - zum letzten Mal in diesem Frühjahr - hat Ihr Bundesbauminister versucht, seinen Schwarzen Peter mit einer Wattewolke zu verpacken. Es wurde versucht, den Kommunen über das pauschalierte Wohngeld in die ausgeplünderten Taschen zu greifen. Hilfsweise wurde den Bundesländern unterstellt, sie würden die Gegenfinanzierung nicht bewerkstelligen. Rot-Grün auf Bundes- und Landesebene wird im nächsten Jahr eine durchgerechnete und gegenfinanzierte Wohngeldnovelle vorlegen. Zunächst einmal muß aber festgestellt werden, welcher finanzielle Spielraum nach sechzehn Jahren Kohl-Wirtschaft noch da ist. Wir werden uns von solchen Anträgen nicht durch den Saal treiben lassen, sondern schnell und zielgenau arbeiten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollegin Tarner. - Das Wort hat der Minister für Bauen und Wohnen, Herr Dr. Vesper.

Dr. Michael Vesper^{*)}, Minister für Bauen und Wohnen: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind ja bekanntlich die Stunde der Opposition oder sollten es jedenfalls ein. Herr Zellnig, bei Ihrer Rede habe ich davon wenig mitbekommen; sie hat nichts Neues enthalten, nur dieses bekannte Spielchen: Aufgrund des Regierungswechsels in Bonn kommen Sie nämlich jetzt auf die Idee, Forderungen vorzutragen, die Sie während der letz-

(C)

(D)

(Minister Dr. Michael Vesper)

(A) ten vier Jahre hätten vortragen können, die Sie aber nicht vorgetragen haben.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Das haben wir!)

Herr Zellnig, ehrlich gesagt, bin ich etwas verunsichert. Ihr Parlamentarischer Geschäftsführer, Herr Kollege Hardt, hat, als wir die Beratungen zur Wohnungspolitik in diesem Jahr etwas vorziehen wollten, gesagt: Wohnungspolitik interessiert keinen Menschen! Deswegen hat er es durchgedrückt, die Auseinandersetzung um diesen Haushaltsbereich zu dieser späten Stunde durchzuführen. Insofern weiß ich gar nicht, ob ich jetzt auf jeden einzelnen Punkt eingehen soll, ob Sie das von mir erwarten.

(Donata Reinecke [SPD]: Nein.)

Ich will das aber für einige Punkte gerne leisten. Das Ritual, das wir hier hören, ist immer dasselbe: Sie greifen ein paar Punkte heraus, weil Sie genau wissen, daß unsere Wohnungspolitik im Vergleich zu allen anderen Ländern die erfolgreichste in ganz Deutschland ist.

Ich könnte ja sagen: Wir haben seit Beginn dieser Wahlperiode, seit 1995, 110 000 Wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau gebaut. Seit wir das getan haben, ist der Wohnungsmarkt offensichtlich entspannter geworden. Wir haben nicht mehr diese drängende Wohnungsnot, die wir 1995 hatten, als ich dieses Amt übernommen habe. Einen schöneren Erfolg kann man sich nach dreieinhalb Jahren Verantwortung für dieses Amt gar nicht wünschen.

Bei Ihren Ausführungen zum neuen Wohnungsbauprogramm haben Sie die ideologische Brille aufgehabt. Sie meinen, ein GRÜNER müßte etwas gegen Eigentum haben.

(Siegfried Zellnig [CDU]: Hat er auch!)

Dabei haben sowohl Herr Kollege Wolf als auch Frau Kollegin Tarner darauf hingewiesen: Wir bewilligen jeden einzelnen Antrag auf Eigentumsförderung, der an uns gestellt wird. Im kommenden Jahr werden wir die Zahlen noch einmal erhöhen. Wir werden das Eigentumsprogramm nochmals ausbauen und auf fast 9 000 Einheiten gehen. Das ist auch mehr, als jedes andere Land in der Bundesrepublik Deutschland tut. Deshalb frage ich mich: Was ist das eigentlich für eine Kritik?

Wir werden im kommenden Jahr das Wohnungsbauprogramm noch zielgenauer machen. Wir werden den Verteilungsschlüssel strikt nach dem Kriterium "wohnungsuchende Haushalte" ausrichten, damit die Mittel wirklich dort ankommen, wo sie benötigt werden.

Nun komme ich zu den einzelnen Punkten, Herr Zellnig, die Sie genannt haben:

Miethöhen: Die Neubaubewilligungsmieten sind nicht gestiegen, seit ich dieses Amt inne habe. In schwierigen Verhandlungen mit Herrn Kollegen Schleußer

(Zuruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

- das ist, wie wir alle wissen, außerordentlich schwierig - ist es uns gelungen, den Anstieg der Bestandsmieten deutlich abzubremsen, indem die Verzinsungsmaßnahme zum 1. Juli dieses Jahres auf den 1. Januar nächsten Jahres verschoben wurde.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Das war wegen der Wahl!)

- So kurzfristig und kurzsichtig wie Sie denken wir nicht, lieber Herr Schemmer.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Doch, doch; das sehen wir jeden Tag!)

- Nein, nein.

Über die Fehlbelegungsabgabe, Herr Zellnig, haben wir schon oft gesprochen. Ich will es Ihnen noch einmal erklären. Die Philosophie der Töpferischen Reformvorstellungen beruhte darauf, daß Leute, die aus den Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus herausgewachsen sind, mehr Miete zahlen sollten als die, die die Einkommensgrenze noch einhalten. Wie wollen Sie jemandem erklären, der 50 % oberhalb der Einkommensgrenze liegt und keine Sozialwohnung hat, daß er auch keine bekommen kann, aber derjenige, der in einer Sozialwohnung sitzt und dessen Einkommen ebenso gestiegen ist, dieselbe Sozialmiete zahlen soll wie derjenige, der innerhalb der Einkommensgrenze geblieben ist?

Diese Gerechtigkeitslücke können Sie niemandem erklären. Deswegen ist die Fehlbelegungsabgabe, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen praktizieren, ein gutes wohnungspolitisches Mittel, das dafür

(C)

(D)

(Minister Dr. Michael Vesper)

(A) sorgt, daß wir jedes Jahr über 200 Millionen DM für den Neubau von Sozialwohnungen einsetzen können.

Zum Wohngeld: Sie können doch nicht, Herr Kollege Zellnig, von Herrn Kollegen Müntefering verlangen, daß er das, was die alte Bundesregierung in acht Jahren versäumt hat, in acht Wochen nachholt.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Minister, würden Sie eine Frage des Kollegen Zellnig zulassen?

Dr. Michael Vesper^{*)}, Minister für Bauen und Wohnen: Ja, gerne, selbstverständlich!

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Zellnig, bitte schön!

(B) **Siegfried Zellnig (CDU):** Herr Minister, meine Frage lautet: Können Sie mir denn erklären, warum alle anderen Bundesländer außer Nordrhein-Westfalen die Fehlbelegerabgabe so gestaltet haben, daß sie erst bei einer Einkommensüberschreitung von 50 % wie folgt greift: in Hessen mit 2 DM, in Rheinland-Pfalz mit 2 DM, in Hamburg mit 1 DM, in Niedersachsen mit 3,50 Mark, in Bayern nicht, in Baden-Württemberg mit 1,50 DM und in Berlin mit 1 DM. Warum verlangen alle anderen Bundesländer einen wesentlich niedrigeren Satz, während Sie die Fehlbelegerabgabe mit 5,50 DM ansetzen?

Dr. Michael Vesper^{*)}, Minister für Bauen und Wohnen: Sie sind wirklich falsch informiert, Herr Zellnig; Sie unterstellen das bayerische Modell für alle.

(Siegfried Zellnig [CDU]: Nein!)

Wir beginnen mit einem relativ niedrigen Schwellenwert von 1 DM, und der faktische Durchschnittswert, der bei uns an Fehlbelegungsabgabe gezahlt wird, ist 3,24 DM und nicht 5,50 DM oder 7 DM. Er beträgt 3,24 DM, weil wir zwei Kappungsgrenzen haben: zum einen die örtliche Vergleichsmiete, über die die Gesamtmiete nicht hinauswachsen darf, und zum anderen den Maximalwert der Abgabe von 7 DM. Diese beiden

Kappungsgrenzen bewirken, daß bei uns im Durchschnitt nur eine Fehlbelegungsabgabe von 3,24 DM gezahlt wird.

Ich möchte noch etwas zum Wohngeld bemerken. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, daß die Wohngeldreform - übrigens auch im wohlverstandenen Interesse der Finanzminister - kommen muß. Das weiß Kollege Schleißer auch; denn wenn man gar nichts tut, wächst das pauschalierte Wohngeld unkontrolliert weiter.

In den vergangenen Jahren haben wir immer wieder beim Wohngeld drauflegen müssen, weil das pauschale Wohngeld keine Obergrenzen kennt - mit der Folge, daß wir dort mittlerweile im Schnitt monatlich 285 DM zahlen, während das Tabellenwohngeld auf 150 DM und darunter abgesunken ist. Daher brauchen wir eine Wohngeldreform, die das Verhältnis zwischen Tabellenwohngeld und pauschalem Wohngeld wieder neu austariert.

Das muß gegenfinanziert werden; das ist ganz klar. Ich habe mich dafür ausgesprochen, die Eigenheimzulage in ihren Einkommensgrenzen zu verändern, um solche Finanzierungsspielräume zu bekommen. Nach dem Vorbild unseres Herrn Ministerpräsidenten habe ich mir auch erlaubt, der Bundesregierung deutlich zu sagen, daß diese Wohngeldreform kommen muß.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Der neuen Bundesregierung?)

- Der neuen Bundesregierung, unserem Freund Franz Müntefering, habe ich das mit aller gebotenen Zurückhaltung und in aller Freundschaft, aber in der Sache doch sehr hart gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Wohngeldreform muß kommen, und sie muß auch ein Volumen haben, bei dem man von einer echten Reform sprechen kann. Dabei werden Sie mich sicherlich an der Seite derer finden, die das verlangen.

Aber lassen Sie uns nichts überstürzen. In Bonn sind in den letzten Wochen so viele Schnellschüsse abgefeuert worden, daß ich ganz froh bin, daß sich Franz Müntefering in seiner bekannten sauerländischen soliden Art und Weise ein bißchen mehr Zeit läßt, um diese Wohngeldreform zu erarbeiten und sie dann im ersten oder zweiten Quartal nächsten Jahres in den Bundestag einzubringen. Lassen Sie uns das dann bewerten,

(C)

(D)

(Minister Dr. Michael Vesper)

(A)

Herr Zellnig; dann können wir noch einmal darüber reden.

Insgesamt war unsere Wohnungspolitik erfolgreich, und ich bitte das Parlament, diesem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Vesper. - Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 14 liegen nicht vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung** entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/3514. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 14** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/3514** mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen.**

Ich rufe auf:

(B)

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3502. - Ich **eröffne die Beratung** und erteile zunächst der Frau Abgeordneten Keller für die Fraktion der CDU das Wort.

Ilka Keller (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß es schon sehr spät ist und alle schon ganz "begeistert" sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber wir haben in Nordrhein-Westfalen eine gegenüber den Vorjahren veränderte Situation: Ein neues Ministerium, das wir bisher für die Europapolitik hatten, ist wieder in die Staatskanzlei eingegliedert worden. Diesen Schritt mag man so oder so deuten. Entweder liest man daraus - und das hoffen wir -, daß Europapolitik jetzt Chefsache geworden ist und damit auch die besondere Bedeutung bekommt, die Europa- und Eine-Welt-Politik in der Tat haben. Oder man muß daraus

lesen, daß das Ganze für nicht allzu wichtig angesehen wird und man aus diesem Grunde das Europaministerium einfach aufgegeben hat.

Jenseits dieser Überlegungen ist allerdings von großer Bedeutung, daß die Zuordnungen innerhalb der Einzelpläne 02 und 08 klar getroffen werden.

(Unruhe - Glocke)

Präsident Ulrich Schmidt: Entschuldigung, Frau Keller! - Gerade weil es so spät ist, bitte ich um Ruhe. Wir sollten jetzt alle Frau Keller zuhören.

Ilka Keller (CDU): Das wäre sehr nett. - Europa- und Eine-Welt-Politik müssen - davon sind wir überzeugt - ein eigenes, erkennbares Profil haben. Sie dürfen kein Anhängsel im Haushalt der Staatskanzlei sein. Das Merkmal der Transparenz hat im Blick auf die Akzeptanz des Integrationsprozesses eine Scharnierfunktion. Eine sichtbare Trennung der Aufwendungen für die Staatskanzlei auf der einen Seite und für Europa- und Eine-Welt-Politik auf der anderen Seite kann übrigens auch der Gefahr wehren, daß im Mantel der Staatskanzlei die Mittel für die Europapolitik klammheimlich geschmälert werden. Europa wird schließlich mehr, meine Damen und Herren, nicht weniger.

Nicht zu den Gewinnern zählt bei der diesjährigen Haushaltsberatung die Eine-Welt-Politik. Hier wurden erhebliche Kürzungen vorgenommen. Dieser massive Eingriff stimmt uns sorgenvoll. Als Sprecherin der CDU-Fraktion für Eine-Welt-Politik will ich hier der Frage nachgehen: Warum fielen ausgerechnet die internationale Zusammenarbeit und die Eine-Welt-Politik aus dem Nest?

Die Mittel für Maßnahmen für Entwicklungszusammenarbeit sind gegenüber dem Vorjahr um 190 000 gekürzt worden, die Mittel für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Ausland um 185 000 DM - und so weiter und so fort!

Insgesamt haben wir festgestellt, daß zwar das Promotoren-Modell in ungeschmälerter Form mit 2 Millionen DM aus dem Eine-Welt-Haushaltstopf weiter gefördert wird. Das sind 37 % des Gesamtetats. Entwicklungshilfepolitik funktioniert aber wesentlich auch nach einem Input- und Output-Muster. Der große Promotorenapparat

(C)

(D)